

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmitt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Das **SPD-Präsidium** wendet sich gegen den Versuch, die deutsche Geschichte, namentlich den Widerstand gegen die Nazi-Barbarei im konservativ-nationalen Geist zu "bereinigen".

Seite 1

Antrittsrede von **Klaus Hänsch** als Präsident des Europäischen Parlaments in Straßburg. (Auszug)

Seite 2

Gerd Wartenberg fordert ein Gesamtkonzept zur Reform des öffentlichen Dienstrechtes.

Seite 4

49. Jahrgang / 137

20. Juli 1994

"Wir wollen die Vereinigung auch unseres historischen Gedächtnisses"

Erklärung des Präsidiums der SPD zum 50. Jahrestag des Attentats auf Hitler am 20. Juli 1944

Der 50. Jahrestag des 20. Juli ist für uns Anlaß, der ganzen Breite und Differenziertheit des Widerstandes gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft zu gedenken. Die Männer und Frauen, zu denen auch Sozialdemokraten gehörten, die den Mut hatten, das Attentat auf Hitler vorzubereiten und durchzuführen, verdienen unsere Achtung und Anerkennung. Zugleich erinnern wir daran, daß der Widerstand insbesondere aus den Reihen der Arbeiterbewegung mit dem Jahre 1933 begann und für viele - Prominente wie Namenlose - Verhaftung, Folter, Zuchthaushaft, KZ, brutale Ermordung oder erzwungenes Exil zur Folge hatte. Der Widerstand von manchen Beteiligten des Jahres 1944, insbesondere aus militärischen Kreisen, deren Bedeutung für den 20. Juli wir damit nicht gering schätzen wollen, begann erst, als sich die militärische Niederlage als unabwendbar erwies. Alfred Grossers bitteres Urteil ist wohl zutreffend: "Die Ruinen von Rotterdam oder Warschau hatten ihr Gewissen nicht berührt. Erst vor den Ruinen deutscher Städte rührten sie sich."

Widerstand gegen Hitler und den Nationalsozialismus hatte viele Motive. Beteiligt waren Demokraten und Nichtdemokraten, ehemalige Nationalsozialisten wie gläubige Sowjetkommunisten, antisemitisch gestimmte Deutschnationale wie christliche Zentrumsdemokraten und Sozialdemokraten. Zum Widerstand gehören die Geschwister Scholl und die "Weiße Rose" wie Stauffenberg und Gerdeler, der Kreisauer Kreis, die Sozialdemokratischen Roten Kämpfer wie die kommunistische Rote Kapelle oder das Nationalkomitee Freies Deutschland.

Und wir dürfen dabei eines nicht aus dem Auge verlieren: Das Gedenken an die Widerstandskämpfer darf uns gerade im Jubiläumsjahr nicht zu einem "Kult der Gerechten" mißraten, hinter dem die Schuld der Täter damals verblaßt, das Schweigen der Mehrheit und die Verantwortung der Mitläufer "im Dritten Reich" verschwinden.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 87, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verpflichtung
zur Herstellung
Recycling-Papier



Wir lehnen es entschieden ab, daß Vertreter der Bundesregierung unter Berufung auf den Nachkommen nur eines der Widerstandskämpfer den Versuch unternahmen, den Widerstand auf eine einzige, vermeintlich demokratische legitimierte Richtung zu beschränken. Gerade weil Sozialdemokraten nach 1945 Opfer der Kommunisten geworden sind, gerade weil diese Geschichte auch eine Geschichte wechselnder Wellen des Antisozialdemokratismus in der DDR war und dort der Widerstand auf den kommunistischen Widerstand reduziert wurde, sind wir gegen die heute stattfindenden entgegengesetzten Bereinigungsversuche. Der früheren Reduzierung des Widerstandes auf den kommunistischen darf jetzt nicht dessen Eliminierung aus dem historischen Gedächtnis der Deutschen folgen. Auch er muß Teil unseres Gedächtnisses bleiben.

Wir sehen uns in dem neuen, größeren Deutschland vor den Versuch gestellt, die gesamte deutsche Geschichte im konservativ-nationalen Geiste zu begründen. Ob bei der Auseinandersetzung um die Neue Wache, um das Haus der Geschichte, in der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages oder um die Ausstellung zum 20. Juli - es geht um eine Art "Bereinigung" und Entsorgung der Deutschen Geschichte von ihren widersprüchlichen Elementen. Diesem Versuch werden wir mit aller Entschiedenheit entgegentreten.

Last und Reichtum der Geschichte, über die wir uns in den Jahren der Teilung gestritten haben und uns klar geworden sind, sind noch vergrößert worden, nachdem das Land größer geworden ist. Das neue "Wir" darf insofern keinem Mehrheitsbeschuß unterworfen werden, als wir Geschichte nicht umschreiben, Fakten nicht unterdrücken, Erinnerungen nicht ausblenden und vergangene Wirklichkeit nicht verdrängen dürfen. Was wir dabei brauchen, ist auch eine Vereinigung unseres historischen Gedächtnisses, unseres Erinnern und unserer Trauer.

Das ganze Erbe annehmen verlangt nicht, das Erbe zu bejahen. Ohne die Kraft zur Unterscheidung hat Demokratie keinen Bestand auf Dauer. Es ist unsere Verantwortung, welche Tradition aus der ganzen Geschichte "Wir" pflegen. Der 20. Juli gehört gewiß zu dem Teil unserer Geschichte, der Stolz ohne Überheblichkeit gestattet als Symbol allen Widerstands.

(-/20. Juli 1994/ru/ks)

Das Gedenken an den Widerstand ist unteilbar

Von Reinhard Klimmt MdL

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Saarländischen Landtag

Der 20. Juli mahnt zum Gedenken an all diejenigen, die bereit waren, ihr Leben im Kampf gegen die nationalsozialistische Herrschaft zu opfern. Auch wenn das Attentat der Männer um Stauffenberg scheiterte, so stehen sie doch zusammen mit der "Weißen Rose" und anderen Organisationen als Symbol für die Existenz eines anderen nichtfaschistischen Deutschlands.

Über dem Gedenken an den 20. Juli darf nicht vergessen werden, daß es Gewerkschafter, Teile der Kirchen, Sozialdemokraten und Kommunisten waren, die schon von Beginn an gegen die nationalsozialistische Herrschaft Widerstand geleistet haben. Dieser lang andauernde, unzählige Opfer fordernde Kampf muß in das Gedenken an den 20. Juli miteingeschlossen werden.

(-/20. Juli 1994/ru/ks)

Der Europäischen Union eine neue Gestalt geben

Auszug aus der Rede des neugewählten Präsidenten des Europaparlamentes Klaus Hänsch

In den vorliegenden Jahren wird sich in Europa die neue Ordnung herausbilden, in der die nächste Generation leben wird.

In dem neuen Europa, das vor uns liegt und das wir gestalten müssen, wird nichts mehr genau so sein wie es in den vergangenen 40 Jahren gewesen ist. Das gilt auch für unsere Europäische Union.

Es genügt nicht, an dem Erbe Jean Monnets und Robert Schumans festzuhalten. Wenn wir es im neuen Europa bewahren wollen, müssen wir es verändern und weiterentwickeln. Der unvergessene Altiero Spinelli hat uns die Augen dafür geöffnet. Aber auch seine Vorschläge und Visionen müssen in das neue Europa hineinwachsen.

Die Regierungskonferenz 1996 gibt uns dafür die nächste und vielleicht letzte Gelegenheit. Sie muß der Union die Gestalt geben, die es ihr erlaubt, die Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte anzunehmen. Unser Parlament muß dazu seine Vorstellungen mit vollem Recht und seinem ganzen Gewicht bereits in die Vorbereitungsarbeiten einbringen. Dabei geht es um drei Schwerpunkte:

1. Die Europäische Union braucht nicht mehr Befugnisse, sondern mehr parlamentarische Demokratie. Sie braucht ein neues Gleichgewicht zwischen ihren Organen, das es ihr erlaubt, effektiver zu handeln und demokratischer zu entscheiden.

In allen "normalen" Fällen, von der gesamten Gesetzgebung, über die gemeinsamen Aktionen in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik bis zur Nominierung des Kommissionspräsidenten müssen Rat und Regierungen endlich mit Mehrheit entscheiden. Und das Parlament muß überall, wo der Rat mit Mehrheit entscheiden kann, gleichgewichtig und gleichberechtigt mitentscheiden können.

2. Die Reform muß die Union so vertiefen, daß sie auch mit 16 Mitgliedstaaten handlungsfähig bleibt, nur eine vertiefte Union kann weitere Mitgliedstaaten aufnehmen, ohne zu zerfallen und sich aufzulösen.

3. Die Reform kann nur gelingen, wenn auch die nationalen Parlamente frühzeitig in die Diskussionen einbezogen werden. Deswegen werde ich zu gegebener Zeit die Initiative ergreifen und eine Konferenz der nationalen Parlamente mit dem Europäischen Parlament einberufen, um die für die Regierungskonferenz erarbeiteten Entwürfe zu diskutieren und den Arbeiten dort Orientierung zu geben.

Bei allem, was wir tun, geht es keineswegs darum, einen europäischen Superstaat zu schaffen.

Die Union kann eine Union der Bürgerinnen und Bürger werden und zugleich eine Union der Mitgliedstaaten bleiben.

In ihrem Antlitz müssen die Völker ihre jeweils eigenen unverwechselbaren Züge wiedererkennen können. Es ist viele Male gesagt worden, und es bleibt richtig: Die Vielfalt der Völker, der Sprachen, der Kulturen, der Traditionen ist nicht die Schwäche Europas, sondern unsere Stärke - wenn es uns gelingt, unsere Kräfte zu bündeln, unsere Souveränitäten gemeinsam auszuüben und an die Stelle des alten Gegeneinander das neue Miteinander zu setzen.

Institutionen sind wichtig. Ihre Reform ist es auch. Aber die Köpfe und die Herzen der Menschen gewinnen wir nicht mit Debatten über institutionelle Veränderungen. Wir gewinnen sie nur, wenn wir ihnen mit unserer Politik einen Teil ihrer Ängste und Sorgen nehmen, wenn wir das Werk der Einigung Europas mit ihren Träumen und Hoffnungen verbinden.

Unsere Union, ganz Europa, steht vor entscheidenden Jahren.

Es ist nicht nur die alte Ordnung zerbrochen, die vierzig Jahre Europa beherrscht hat. Auch die Perspektiven der Menschen sind dabei, sich zu verändern.

An die Stelle der Angst vor dem großen Krieg tritt die Sorge, daß viele kleine Kriege in Europa wieder möglich werden.

Das Vertrauen in die Unerschöpflichkeit der natürlichen Ressourcen unserer Erde an Rohstoffen, Energie und Umwelt weicht der Erkenntnis, daß die Erde und ihre Reichtümer endlich sind.

An die Stelle des optimistischen Glaubens, daß wissenschaftlich-technologischer Fortschritt die Menschheit voranbringen könnte auf dem Wege zu mehr Humanität, ist zunehmend ein tiefes Mißtrauen gegen die europäische Form der wissenschaftlich-technischen Zivilisation getreten.

Von uns wird es abhängen, daß wir die Zerstörung der Umwelt und den Raubbau an den Grundlagen des Lebens auf unserer Erde stoppen, die alle Grenzen überschreiten.

Die Zahl der Menschen auf der Erde wird sich innerhalb von ein paar Generationen fast verdoppelt haben. Wenn wir die heutigen Produktions- und Verbrauchsstrukturen beibehalten, steuern wir auf

eine globale Ressourcenkatastrophe zu. Wenn heute jeder Inder, jeder Chinese, jeder Afrikaner so viel essen, soviel Energie verbrauchen, soviel Müll produzieren würde wie jeder Europäer, wäre unsere Erde schon heute am Ende.

Wir Europäer müssen uns in der Welt der Märkte so behaupten, daß wir Arbeit und Wohlstand behalten - und wir müssen Wohlstand und Arbeit so verteilen, daß alle Europäer daran Anteil haben.

Wir wollen das bewahren und ausbauen, was unsere europäische Lebensweise unterscheidet von der anderer Kulturkreise, jene spezifische unauflösliche Verbindung wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, individueller Freiheit und sozialer Gerechtigkeit.

(-/20. Juli 1994/ru/ks)

Widersprüchlich und unehrlich

Die Bundesregierung hat kein Gesamtkonzept für ein neues Dienstrecht

Von Gerd Wartenberg MdB

Innenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Seit Jahren fehlt ein Gesamtkonzept der Bundesregierung zur Fortentwicklung des öffentlichen Dienstes.

Die Untätigkeit der Bundesregierung geht zu Lasten der Wettbewerbsfähigkeit, Leistungsfähigkeit und Effizienz unserer öffentlichen Verwaltung. Dadurch wird zwangsläufig ein Prozeß zur Entstaatlichung öffentlicher Dienstleistungen aus fiskalischen Gründen ohne Rücksicht auf Bürgerinteressen gefördert.

Die Haltung der Bundesregierung zum Berufsbeamtentum ist widersprüchlich und unehrlich: Einerseits setzt sie sich für eine extensive Verwendung von Beamten auch im Dienstleistungsbereich ein, andererseits will sie diesen Dienstleistungsbereich aber grundsätzlich privatisieren.

Einerseits legt sie ständig Bekenntnisse für das Berufsbeamtentum ab, andererseits hält sie an starren und überholten Bezahlungs- und Laufbahnstrukturen fest, die das Berufsbeamtentum für viele qualifizierte Kräfte unattraktiv machen, so daß sie nicht in den öffentlichen Dienst eintreten oder später in die Wirtschaft abwandern.

Mit ihrem Verhalten ignoriert die Bundesregierung:

- Ein moderner Sozialstaat braucht einen bürgernahen öffentlichen Dienst.
- Unser öffentlicher Dienst ist zwar leistungsfähig, die Verwaltungs- und Dienstrechtsstrukturen müssen jedoch der Aufgabenentwicklung angepaßt werden.
- Überregulierung, überflüssige Zentralisierung und bürokratische Erstarrung unserer öffentlichen Verwaltungen müssen abgebaut werden.
- Es muß ein weites Feld für marktwirtschaftliches Verhalten der Behörden geöffnet werden.
- Im Beamtenrecht müssen Bezahlungs- und Laufbahnstrukturen funktions- und leistungsgerechter ausgestaltet werden.
- Der Beamtenstatus sollte grundsätzlich auf den hoheitlichen Kernbereich der Staatstätigkeit beschränkt werden, Spitzenpositionen sind auf Zeit zu vergeben.

Die Bundesregierung hat in der 11. Wahlperiode zwar einen Bericht zur Weiterentwicklung des öffentlichen Dienstrechts vorgelegt. Dieser war jedoch keine geeignete Grundlage für konzeptionelle Maßnahmen. Ein erneuter Bericht - sogenannter Perspektivbericht - ist zwar angekündigt, liegt aber noch nicht vor und kommt jedenfalls für Maßnahmen in dieser Wahlperiode zu spät.

(-/20. Juli 1994/ru/ks)
